

# Mitsprache gefordert

Rechtsbürgerliche Kantonsparlamentarier verlangen mehr Mitsprache bei der künftigen Subventionierung des Zürcher Opernhauses.

Das Zürcher Opernhaus soll finanziell an die Kandarre genommen werden. Parlamentarier von SVP, EDU und SD verlangen Korrekturen am Zürcher Opernhaus-Gesetz. In einer parlamentarischen Initiative fordern sie mehr Mitspracherecht des Parlaments. Zudem soll der Sechs-Jahres-Rahmenkredit zugunsten der Oper künftig dem fakultativen Referendum unterstehen. Grundsätzlich seien Rahmenkredite gebundene Ausgaben, schreiben die Kantonsräte Claudio Schmid (SVP, Bülach), Stefan Dollenmeier (EDU, Rüti) und Hansjörg Fischer (SD, Egg) in ihrem gestern publizierten Vorstoss. Die Voraussetzungen hätten sich seit Inkrafttreten des Opernhaus-Gesetzes von 1994 jedoch massiv verändert. Während sich die jährlich wiederkehrenden Ausgaben fürs Opernhaus damals auf 50 Millionen Franken pro Jahr beliefen, seien es heute 70 Millionen Franken.

## Stärkung des Parlaments

Die zweite Korrektur, die verlangt wird, betrifft den Subventionsvertrag, den der Regierungsrat mit der Opernhaus Zürich AG abschliesst. Gemäss der Initiative soll der Kantonsrat künftig diesen Vertrag genehmigen müssen. Dies soll erstmals beim Rahmenkredit 2012-2018 der Fall sein. Bisher braucht es für den Abschluss des Subventionsvertrags nur einen Regierungsratsbeschluss. Das Parlament bekommt den Vertrag nicht zu sehen. Die Regierung stelle damit das Parlament vor vollendete Tatsachen, kritisieren die Initianten. Mit ihrem Vorstoss reagieren die rechtsausser politisierenden Kantonsräte auf den knappen Ausgang der hitzigen Opernhaus-Debatte vor 14 Tagen. Der Rat genehmigte damals den Rahmenkredit für die nächsten sechs Spielzeiten des Opernhauses in Höhe von 415 Millionen Franken. Ein Kürzungsantrag von SVP, Grünen und CVP von 5 Mio. Franken wurde per Stichentscheid des Ratspräsidenten abgelehnt. (sda)